

# IWF-Politik der "offenen Türe" : zur Verschuldung in den Philippinen

Autor(en): **Ledesma, José Ernesto**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **9 (1989)**

Heft [2]: **Schuldenkrieg und CH-Finanzkapital**

PDF erstellt am: **25.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-652657>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## **IWF-Politik der „offenen Türe“**

### **Zur Verschuldung in den Philippinen**

Dieser Beitrag versucht drei Thesen zur Verschuldung zu thematisieren.

*Erstens:* Die Schuldenproblematik ist die direkte Wirkung von tiefen strukturellen Schwachstellen unserer Wirtschaft, die auf Unterwürfigkeit gegenüber fremden Interessen sowohl der bisherigen Regierungen als auch der Aquino-Regierung resultiert. Die von IWF/Weltbank diktierte Wirtschaftspolitik der „offenen Tür“ – exportorientiert, intensive Billiglohn-Produktion, semif feudale landwirtschaftliche Basis und Abhängigkeit von Importen, Auslandsinvestitionen und -schulden – führte zu wiederholten Zahlungsbilanzproblemen, die durch Aufnahme von grösseren Geldsummen gelöst werden mussten.

*Zweitens:* Die Schuldenlast wird heute von den ausländischen Gläubigern als Hebel benutzt, um ihre Interessen durchzusetzen bezüglich „debt to equity“, Import-Liberalisierungen, „offener Tür“ für fremde Investitionen zu Lasten der einheimischen Industrie.

*Drittens:* Das Aquino-Regime muss, falls es wirklich die Interessen unseres Volkes vertritt,

a. alle Teile des Schuldenpakets ablehnen, die nicht unsren Interessen dienen: alle betrügerischen Darlehen (z.B. für das Bataan Atomkraftwerk), alle drückenden Kredite und alle übermässig hohen Bedingungen für die Rückzahlungen und Zinsen (vorgeschlagen wird eine Limite des Schuldendienstes bei 10 Prozent der Exporterlöse);

b. alle Bedingungen zurückweisen, die gegen die nationale Industrialisierung und ihre Interessen sind (z.B. Abwertung des Peso, Erhöhung der Liquidität, die zu hohen Zinsen führt, billige Arbeitskräfte und Unterdrückung der Arbeitsrechte, „debt to equity“-Programm, einige Verordnungen des Investitionsgesetzes, die die lokale Industrie diskriminieren, Austeritätspolitik (weniger Staatsausgaben für Sozialprogramme, höhere Steuern), Import-Liberalisierung);

c. ein alternatives Wirtschaftsprogramm der nationalen Industrialisierung unterstützen, um die lokalen Bedürfnisse zu befriedigen und die Güter zu verteilen, damit die Einkommen der Basis der Konsumenten angehoben werden.

Eines der grössten Hindernisse für die Rettung der philippinischen Wirtschaft, die die Aquino-Regierung geplant hat, sind die enormen Aussen-schulden. Etwa 69,2 Mrd. Peso des Haushaltbudgets 1988 von 172,5 Mrd. Peso sind dem Schuldendienst zugeteilt (13 Peso = 1 SFr.). Dies entspricht ca. 40 Prozent des nationalen Budgets. Mit weiteren 13 Prozent des Budgets für die Militärausgaben bleiben nur 47 Prozent oder weniger als die Hälfte des Haushalts für Infrastruktur, Investitionen und Projekte der sozialen Wohl-

fahrt. Im Juni 1988 hat Benjamin Diokno, Untersekretär für Finanzen, enthüllt, dass die Regierung die ursprüngliche Schätzung von 69,2 Mrd. Peso übertreffen wird, und der Schuldendienst 1988 80,4 Mrd. Peso kosten wird. Um die übertroffenen Ausgaben trotz einem Verfassungsartikel, der nur dem Kongress die Budgetgewalt gibt, zu rechtfertigen, stützt sich die Regierung auf einen Erlass aus der Zeit der Marcos-Diktatur, der eine automatische Anpassung der Gelder für den Schuldendienst erlaubt. Erst wenn die Mittel für die Zinsen bereitgestellt sind, kann der Rest für die übrigen Ausgaben und die Bedürfnisse der Bevölkerung bereitgestellt werden.

Selbst wenn man die Fragen der sozialen Gerechtigkeit und Gleichheit nicht berücksichtigt, wird die Situation immer schwieriger, wenn wir das zukünftige Wachstumspotential unserer Wirtschaft in Betracht ziehen. Berechnungen zeigen, dass wir zwischen 1987 und 1992 unseren Gläubigerbanken 21,6 Mrd. Dollar zahlen werden gegenüber 3,4 Mrd. Dollar für neue Kredite; was zu einem Nettotransfer von 18,2 Mrd. Dollar führt. Dieser gigantische Abfluss von Mitteln aus unserer Wirtschaft kommt zu einem Zeitpunkt, wo diese Mittel dringend gebraucht würden, damit sie sich aus der Abhängigkeit von ausländischen Finanzen lösen könnten. Das führt zu einem Prozess der „Dekapitalisation“, in dem benötigtes Kapital aus dem Land fließt und so die zukünftige Produktionskapazität verkümmern lässt.

Das Versagen der Importersatz-Strategie gab IWF/Weltbank eine mächtige ideologische Waffe, um unsere Wirtschaft so umzugestalten, dass sie den Bedürfnissen der USA nach Exportmärkten, Billiglohnländern und Kapitalempfängern entsprach. Das neue IWF/Weltbank-Rezept lautete: Aufhebung der Protektion für die philippinische Industrie durch Import-Liberalisierung, Öffnen aller Türen für ausländische Investitionen, verbunden mit attraktiven Privilegien, die unserer Industrie nicht gewährt wurden, und Förderung von arbeitsintensiver, exportorientierter Billiglohn-Industrie.

Was waren die Folgen dieser wirtschaftlichen Rezepte?

Die erste Folge war der Tod der jungen lokalen Industrie und eine erhöhte Importabhängigkeit. Viele Betriebe, die nicht vom Marcos-Clan dominiert wurden, mussten schliessen oder wurden von den ausländischen Konzernen aufgekauft. Der Untergang der lokalen Industrie und die Kontrolle durch die multinationalen Konzerne verstärkte die importabhängige Natur unserer Wirtschaft. Entweder wurden Güter direkt importiert, oder die Konzerne importierten fast fertiggestellte Produkte und setzten sie zusammen oder verpackten sie hier für den Verkauf. Diese Wirtschaft war zu ewigen Handelsdefiziten verurteilt, die zu Zahlungsbilanzkrisen führten, die wiederum durch ausländisches Kapital gedeckt werden mussten und so die Schuldenlast weiter erhöhten.

Die zweite Auswirkung der IWF-Rezepte war die „offene Tür“ und höhere Abhängigkeit von Auslandsinvestitionen. Ausländische Investoren hatten verschiedene Privilegien, die den einheimischen nicht gewährt wurden. Weiter wurde ihnen problemlose Ausführung der Profite zugesichert. Man muss den Nutzen dieser Investitionen als Mittel für das Wachstum in Frage stellen, speziell für eine Wirtschaft mit unsren strukturellen Schwächen. Gemäss der

juristischen Fakultät der Universität von Manila war der Nettoprofit für jeden investierten Dollar zwischen 1946 und 1976 3,58 Dollar, wovon zwei Dollar repatriiert wurden. Auch dies führte zu einem Nettotransfer von Kapital, der ein wichtiger Faktor unserer Zahlungsbilanzprobleme wurde. Um das Klima für Investitionen günstig zu halten, wurde dem mit einer Billiglohn-Politik begegnet. In der Bataan-Exportförderungszone wurden die ArbeiterInnen am Aufbau von Gewerkschaften gehindert, während die durchschnittlichen Tageslöhne in den Fabriken zwischen 8 und 13 Peso lagen, mit oder ohne Zulagen.

1970 beliefen sich unsere Aussenschulden auf 2,1 Mrd. Dollar, 1986, nach 15 Jahren Anwendung der IWF/Weltbank-Rezepte standen die Schulden bei etwa 28,2 Mrd. Dollar. 1983 waren die Aussenschulden schon auf 24,6 Mrd. Dollar explodiert, und zum steigenden Schuldendienst kam der doppelte Druck von Handelsdefizit und Profitrückführungen dazu. Die Marcos-Regierung wechselte von langfristiger Kreditaufnahme zu kurzfristigen Krediten, die stetig auf neue, noch höhere Geldaufnahmen übertragen wurden.

Um sicherzugehen, dass der Staat die Zinszahlungen leisten wird, hat der IWF 1984 den Philippinen verschiedene Bedingungen auferlegt, die die Zahlungen kurzfristig sicherstellten, auf Kosten eines längerfristigen Wachstums der Produktivitätskapazitäten. Einige dieser Bedingungen waren Abwertung des Peso, Austerität und der Aufbau einer Liquiditätsreserve.

Die Abwertung des Peso sollte die Exporte fördern und die Importe vermindern, um so Devisen zu sparen, die für die Zahlungen gebraucht wurden. Stattdessen führte die Massnahme 1984 zu Preissprüngen und einer Inflationsrate von ca. 50 Prozent. Austerität bedeutete weniger Regierungsausgaben für Sozialprogramme, während zur selben Zeit die Steuern erhöht wurden, um mehr Mittel für den Schuldendienst bereitzustellen. Die Mehrwertsteuer war das direkte Resultat dieser Bedingung, ein System, das die grössere Steuerlast den ärmsten Mitgliedern der Gesellschaft auferlegt. Der Aufbau der Liquidität führte 1984 zu verboten hohen Zinssätzen, die tief in die Gewinne der Betriebe schnitten, was viele zur Schliessung zwang. All diese Bedingungen führten zu einer tiefen Rezession und somit zu einer hohen Arbeitslosigkeit.

Der IWF benutzte zusammen mit den USA die Schuldenkrise auch als Hebel, um ihre Domination auf wirtschaftlicher und politischer Ebene weiter auszubauen. Diesen Bedingungen gegenüber verhielt sich die Aquino-Regierung weitgehend untertänig. Drei Hauptpunkte standen zur Diskussion: Die Beschleunigung des Importliberalisierungs-Programmes, das unter Marcos anlief, das „debt to equity“-Programm und noch grössere Privilegien für fremde Investoren.

1980 schlugen IWF/Weltbank die Liberalisierung von über 2000 Importgütern vor. 1987, nach der ersten Phase des Programmes, waren über 1200 Güter liberalisiert.

Mit dem neuen Investitionsgesetz von 1987 wurden die Privilegien für fremde Kapitalgeber sogar gegenüber denjenigen von Expräsident Marcos weiter verbessert. Die Neuerungen schliessen liberalere Profitrückführung

ein, Steuerfreiheit für Investoren (während gleichzeitig das philippinische Volk mehr Gelder zahlen musste wegen der Mehrwertsteuer) und eine Verlängerung der Frist, nach welcher gewisse ausländische Unternehmen ihre Anteile an die Philippinen verkaufen müssen. Noch irritierender war das Konzept der „Kapazitätsbemessung“, das freien Einstieg von Firmen in gewissen Industriebereichen verhinderte, und das multinationale Konzerne wegen ihrer Reserven und Grösse gegenüber den philippinischen Unternehmen vorzog. Aus all diesen Vorteilen für Ausländer resultiert, dass das philippinische Volk und seine Industrien die fremden Investoren direkt unterstützen.

Nach der Umschuldung durch Jaime Ongpin 1987 wurden das „debt to equity“-Programm und eine neue Erfindung, die philippinischen Investitions-Noten (PINs), die zentralen Einrichtungen in der Schuldenpolitik von Cory Aquino. Diese PINs sind Noten auf Dollar-Basis, deren voller Rückkauf in Peso von der Nationalbank garantiert ist. Mit der Einwilligung der Gläubigerbanken können diese von der philippinischen Regierung herausgegeben werden, um Schuldzinsen zu zahlen und so Devisen zu sparen. Die Banken ihrerseits können diese an Investoren verkaufen, die auf den Philippinen unter dem „debt to equity“-Programm investieren wollen.

Das „debt to equity“-Programm umfasst Umwälzung von Schulden von verschuldeten Konzernen in Anteile oder Besitz durch ausländische Kreditgeber. Der grundsätzliche Fehler in diesem Programm ist, dass es im Verkauf der philippinischen Schlüsselindustrien endet, für den Gegenwert einer kleinen Verminderung unserer Schulden. Ein Beispiel ist der Vorschlag von BPI und Morgan Guaranty (eine der 12 Banken des Beratungskomitees), einen grossen Anteil von MERALCO (Manila Electric Company) zu übernehmen.

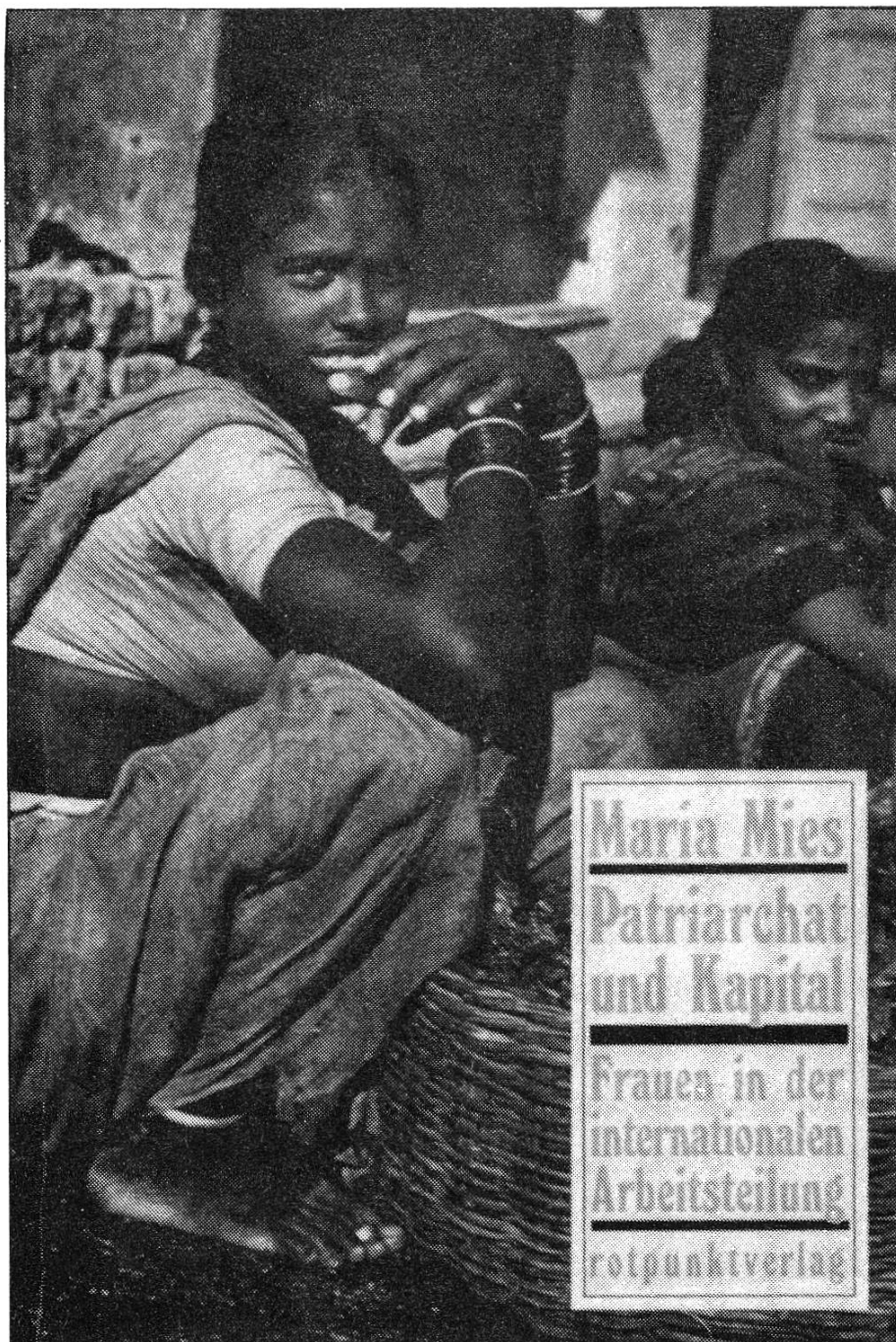
Die Situation wird noch dadurch verschlimmert, dass die Schulden als Mechanismus benützt wurden, um Forderungen auf der politischen Ebene durchzusetzen. Die Gespräche über die US-Militärbasen werden immer wieder verbunden mit Bemerkungen über finanzielle Hilfspakete und sogar Befreiung vom Schuldenproblem. Dieses Schulden-für-Basen-Argument sollte abgelehnt werden, weil es zwei verschiedene Themen verknüpft, deren Vor- und Nachteile separat diskutiert werden müssen. Wenn wir auf eine Schuldenminderung im Austausch für die weitere Beibehaltung der Basen eingehen, umgehen wir die ganze Diskussion, ob wir die Basen überhaupt behalten wollen. Wenn wir die Verbindung von Basen und Schulden akzeptieren, kann das sogar zu einer Schwächung der Verhandlungspositionen bei beiden Themen führen. Beispiele sind: „Keine Basen – Keine Schuldenminderung“, oder: „Wir haben eure Schulden schon abgebaut, jetzt werden die Basen weiter nach unseren Bedingungen stehen“.

\* BAYAN steht für „Bagang Alyansang Nakabayan“ oder auf deutsch „Neue Patriotische Allianz“. Die 1985 gegründete BAYAN ist eine Föderation von Allianzen und Organisationen aus allen Sektoren der philippinischen Gesellschaft. BAYAN ist zur grössten Massenorganisation geworden, welche vorab für die Interessen der armen Bevölkerung kämpft und in Opposition zur gegenwärtigen Aquino-Regierung steht, welche – so die am Verschuldungskongress 1988 in



Zürich anwesende Etta Rosales (Direktorin der politischen Kommission von BAYAN) – „durch ihre Politik die Philippinen von ausländischem Kapital abhängig bleiben lässt und so die fortdauernde Unterentwicklung weiterhin fördert“.

Die Übersetzung besorgten Mitarbeiterinnen am INIKE, Zürich. Mehr über die Lage in den Philippinen s. Tim Kuschnerus/Rainer Werning: Die Philippinen unter Aquino, Frankfurt 1987; und R. Werning (Hg.): Philippinen. Demokratie aus der Wundertüte. Essays, Interviews, Dokumente, Münster 1987.



zu beziehen bei: rotpunktverlag, Postfach, 8026 Zürich  
oder in Buchhandlungen (318 s., Fr. 26.80)